Der Briesetal-Bote erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 1.20 Mark, monatlich 40 Pfg. Einzelne Nummern 5 Pfg. Nach auswärts Portozuschlag.

Briesetal-Bote

Anzeigen werden in P. R. Neumanns Buchdruckerei und Papierhandlung und von allen Annoncen-Expeditionen angenommen. Die sechsgespaltene Petitzeile kostet 15 Pfennig, die Reklamezeile 30 Pfennig.

Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birkenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe

Telephon: Amt Birkenwerder Nr. 5

für Hofjagdrevier, Bergfelde, den Amtsbezirk Schönfließ und Umgegend

Telegr.: Briesetalbote, Birkenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan mit rechtsverbindlicher Publikationskraft für den Amtsbezirk Birkenwerder.

Nr. 58 — Donnerstag, den 22. Mai 1913 — 12. Jahrg.

Die heutige Nummer enthält das illustrierte Familienblatt.

Amtliche Bekanntmachungen.

Bekanntmachung.

Bei einem Schwein des Gastwirts Ganschow, Borgsdorf, sind Backsteinblattern ausgebrochen.

Die Gehöftssperre ist verhängt.

Birkenwerder, den 20. Mai 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung.

Bei einem Schwein des Gastwirts Scheidt, Lehnitz, ist Schweineseuche festgestellt.

Die Gehöftssperre ist verhängt.

Birkenwerder, den 20. Mai 1913.

Der Amtsvorsteher. Kühn.

Bekanntmachung

Die Zustellung der Steuerzettel und Gemeindesteuerveranlagungen für das Rechnungsjahr 1913 erfolgt in diesen Tagen.

Die inzwischen für April-Juni 1913 fällig gewordenen Steuern sind innerhalb 8 Tagen nach Zustellung der Steuerzettel an die hiesige Gemeindekasse zu entrichten.

Birkenwerder, den 21. Mai 1913.

Der Gemeindevorsteher. Kühn.

Die zweite Friedenskonferenz.

Sir Edward Grey empfing am 19. Mai im Londoner Auswärtigen Amt die Mehrzahl der Friedensdelegierten. Wie das halbamtliche Reutersche Bureau erfährt, herrscht in diplomatischen Kreisen noch große Ungewißheit darüber, welcher Weg für den Friedensabschluß eingeschlagen werden wird. Es ist kein Anzeichen dafür vorhanden, daß die Verbündeten — mit Ausnahme Bulgariens — bereit sind, die Friedenspräliminarien in der gegenwärtigen Form zu unterzeichnen. Man kam darin überein, daß Vertreter der vier Balkanstaaten am 20. Mai zusammentreten, um die vorgeschlagenen Abänderungen in dem Entwurf der Friedensbedingungen, der als zu unbestimmt gilt, zu besprechen, und zwar im Sinne der Instruktionen, die jetzt von Belgrad und von Athen — Montenegro steht immer noch aus — eingetroffen sind. — Der Pariser „Figaro" will wissen, daß eine Großmacht zur Beschleunigung der Friedenspräliminarien mit Unterstützung der übrigen Großmächte eine Ausgleichsformel ausgearbeitet habe, welche den Balkanverbündeten und der Türkei zur Annahme vorgelegt werden soll.

Die Botschaftervereinigung

wird, wie es heißt, in ihrer Sitzung am 20. Mai den österreichisch-italienischen Vorschlag über die Verwaltung Albaniens, der jetzt von den Mächten geprüft worden ist, besprechen. Es ist möglich, daß die Botschafter die letzten Vorschläge der Verbündeten betreffs einer Abänderung der Friedenspräliminarien erörtern werden.

Abänderung des Pariser Finanzprogramms.

Bezüglich der demnächst in Paris zusammentretenden Internationalen Finanzkommission berichtet der „Temps", die Dreibundmächte hätten die Ansicht ausgesprochen, daß die Kriegführenden in der Konferenz lediglich eine beratende Stimme haben sollen. Die Balkanverbündeten dürften gegen diese Auffassung Widerspruch erheben. In den Kreisen der Tripleentente glaubt man, daß von den Balkanstaaten, falls diesen nur eine beratende Stimme eingeräumt werden solle, nicht verlangt werden könne, daß sie in den Friedenspräliminarien eine finanzielle Verpflichtung betreffs der Entscheidungen der Pariser Konferenz übernehmen. Es sei deshalb die Rede davon, den Wortlaut der Präliminarien dahin abzuändern, daß es heiße: Die Pariser Konferenz hat die Aufgabe, die finanzielle Frage zu „prüfen", statt zu „regeln". Ferner wird gemeldet, Oesterreich-Ungarn habe den Vorschlag gemacht, daß alle Entscheidungen der Finanzkommission einstimmig gefaßt werden müßten.

Die internationale Kommission in Skutari,

die von den Großmächten mit der vorläufigen Inbesitznahme der Stadt und den notwendigsten Verwaltungsmaßregeln für Albanien beauftragt wurde, setzte, wie die offiziöse Agenzia Stefani meldet, einen provisorischen Munizipalrat ein, den sie grundsätzlich in der gleichen Zusammensetzung aus christlichen und mohammedanischen Albanesen wie früher beließ, und traf Maßnahmen hinsichtlich der verschiedenen städtischen Dienstzweige, namentlich auch der Stadtbeleuchtung und des Telegraphendienstes, der sich unter Ueberwachung durch einen aus den fünf beteiligten Nationalitäten gewählten Offizier vollzieht. Ein italienischer Leutnant z. S. wurde beauftragt, den Sitzungen des Munizipalrats beizuwohnen, und eine aus zwei italienischen Aerzten, einem österreichischen Arzt, je einem christlichen und einem mohammedanischen Albanesen bestehende Sanitätskommission beschäftigt sich mit der Besserung der hygienischen Verhältnisse der Stadt. Zur Sicherung einer besseren Versorgung mit Lebensmitteln wurde auf Ersuchen des englischen Admirals das italienische Kanonenboot „Margherita" zum ständigen Verkehr auf dem Bojanafluß bestimmt.

Beilegung der serbisch-bulgarischen Differenzen.

Rußlands und Frankreichs Androhung, den beiden feindlichen „Brüdern" keine Anleihen verschaffen zu wollen, wenn sie nicht wieder in friedliche Bahnen einlenkten, hat, wie es scheint, schon gute Früchte getragen; denn die serbische Presse, die eben noch so kriegerische Töne anschlug, befleißigt sich mit einem Schlage einer maßvolleren und vernünftigeren Haltung, und allen voran mahnt das Regierungsblatt „Samouprava" zur Ruhe. Von besonderer Stelle erfährt übrigens der Korrespondent der Wiener „N. Fr. Pr." in Sofia, daß die bulgarische Regierung sich an Rußland um Vermittlung in Belgrad gewandt habe und das infolgedessen Serbien große Konzessionen gemacht hat. Die Regierung hoffe, in drei Tagen eine vollständige Verständigung zu erzielen. — Von dem Dementi der Nachricht der Moskauer „Rußkoie Slovo", wonach Serbien in die Abtretung Monastirs an Bulgarien eingewilligt habe, wurde, wie von maßgebender Belgrader Seite jetzt erklärt wird, deshalb Abstand genommen, weil diese Nachricht angesichts der Tatsache, daß die serbisch-bulgarische Grenzfrage von den beiderseitigen Regierungen noch in die Verhandlungen gezogen worden ist, gegenstandslos ist. — Der Aufenthalt des Athener serbischen Gesandten in Belgrad Boskowitschs gab neuerdings Anlaß zu Gerüchten über den Abschluß eines serbisch-griechischen Sonderabkommens, die indes offiziös als unbegründet bezeichnet wurden.

Italienisch-österreichische Schiffe in Bereitschaft.

Wiener Abendblätter melden: In der letzten Zeit waren in Albanien allerhand Gerüchte über Essad Pascha verbreitet. Wenn dieser auch bis jetzt nicht irgendwie mit seinen Plänen hervorgetreten ist, so ist doch so viel gewiß, daß sich Einflüsse auf ihn geltend machen, die ihn zu einer Sonderaktion veranlassen möchten. Diese Tatsache hat Oesterreich-Ungarn und Italien bestimmt, trotz Aufhebung der Blockade für alle Fälle je ein Kriegsschiff nach Durazzo zu delegieren.

Zur „Annexion" der türkischen Donauinsel

Adakaleh, die kürzlich durch Oesterreich-Ungarn erfolgte, wird der „Tgl. Rdsch." aus Wien gedrahtet, daß die Türkei nur der Gewalt weichen werde.

Urlaub, nicht Entlassung!

Die Wiener „Militärische Rundschau" meldet, bei den Truppen in Bosnien, der Herzegowina und in Dalmatien könne den Mannschaften bis zu acht Prozent des Bestandes turnusweise Urlaub bis zur Dauer von je 14 Tagen erteilt werden.

Die Heimbeförderung der türkischen Truppen aus Albanien

begegnet Schwierigkeiten von seiten Griechenlands, das anfänglich seine Zustimmung gegeben hatte, jetzt aber Einwendungen erhebt. Aus diesem Anlaß haben zwei Mächte bei der Athener Regierung Schritte unternommen. Die Truppen sollen in Beirut an Land gesetzt werden. Die ursprüngliche Absicht, einen Teil der Truppen in den Häfen des Schwarzen Meeres auszuschiffen, ist infolge des Widerstandes Bulgariens aufgegeben worden.

Ein Prinz aus Deutschland für den albanischen Thron?

Die für das neue Albanien infolge der religiösen Zerklüftungen besonders schwierige Monarchenfrage soll, wie mehrere Berliner Blätter übereinstimmend zu melden wissen, dadurch erledigt werden, daß weder ein katholischer noch russisch—griechisch—orthodoxer noch mohammedanischer, sondern ein evangelischer Prinz zum Herrscher Albaniens bestimmt werden soll. Außer schwedischen oder dänischen kämen auch Prinzen deutscher Herkunft in Betracht, von denen jetzt der 37jährige Prinz Friedrich Wilhelm von Wied, der schon einmal auf der Liste der Thronanwärter stand, wieder mit Bestimmtheit genannt wird. Diese Nachricht sei hier wiedergegeben, damit der Chronistenpflicht Genüge geschehe.

—ff.—

Deutsches Reich.

Hof und Gesellschaft. Angesichts der ungewissen politischen Lage wird, nach einer Meldung aus Athen, König Konstantin nicht zu den Vermählungsfeierlichkeiten nach Berlin reisen.

Die Beratung der Wehrvorlage. Die Budgetkommission des Reichstags, die am 20. Mai ihre Beratungen wieder aufgenommen hat, bewilligte die neuen Truppenteile für die Fußartillerie, die Pioniere und den Train. Das Zentrum will statt 1538 Oberleutnants und Leutnants nur 530 bewilligen, also 1008 Leutnants streichen, statt der geforderten 8607 Unteroffiziere nur 7563, also 1044 Unteroffiziere streichen. Außerdem sollen die verlangten 13 Bezirkskommandeure (pensionierte Offiziere) gestrichen werden.

Der Deutsche Wehrverein hielt dieser Tage zu Leipzig seine Zweite Hauptversammlung im Kongreßsaale der Internationalen Baufach-Ausstellung unter dem Vorsitz des Generalmajors z. D. Keim ab. In der Resolution begrüßt die Versammlung die Militärvorlage der Regierung zwar mit Genugtuung, aber sie sieht in ihr die „äußerste Mindestforderung". Ueber diese Vorlage hinaus erstrebe der Deutsche Wehrverein folgende Ziele: Selbsttätige Steigerung der Rekrutenzahl im Verhältnis zur Bevölkerungszunahme, Einziehung der jüngeren Jahrgänge der jetzigen Ersatzreserve zu mehrwöchentlichen Waffenübungen, Aufstellung zweier neuer Armeekorps, bessere Vorbereitung der Offiziere des Beurlaubtenstandes auf ihre Führertätigkeit im Ernstfall und bessere Fürsorge für die ausgedienten Unteroffiziere sowie endlich Erziehung unseres Volkes zu vaterländischem Pflichtbewußtsein und Pflege kriegerischen Geistes.

Ein deutsches Reichsluftgesetz wird, der „Tgl. Rdsch." zufolge, dem Reichstag noch in diesem Jahre zugehen. Ursprünglich sei beabsichtigt gewesen, den Entwurf schon im April einzubringen; doch sei es notwendig geworden, ihn neu zu bearbeiten. Voraussichtlich werde er auch eine Bestimmung über die Behandlung fremder, auf deutschem Boden landender Luftschiffe enthalten.

Die kommunale Woche 1913 wurde jüngst in der städtischen Tonhalle zu Düsseldorf eröffnet. In der Begrüßungsrede hob Oberbürgermeister Dr. Oehler hervor, daß die ausgewählten Vorträge aus der Praxis für die Praxis genommen seien und namentlich den Aufgaben der kleineren Gemeinden dienen sollen. Im ganzen sind 18 Vorträge vorgesehen sowie Besichtigungen, darunter eine Studienfahrt nach Düren und der Urftalsperre am Donnerstag.

Ein Wahlkuriosum, wie es wohl noch nie sich ereignet hat, trug sich, wie der „Nat.-Ztg." geschrieben wird, bei der Urwahl zum Landtage am 16. Mai auf der Insel Helgoland zu. In der dritten Wahlklasse war der Techniker Dirksen (Kons.) aufgestellt und steht mit einem Freisinnigen in Stichwahl. Nach der Wahl hat sich nun herausgestellt, daß Dirksen, obgleich wahlberechtigt, gar nicht auf der Liste der Wahlberechtigten steht, also nicht wählbar ist. Die Folge dieses Irrtums wird wohl sein, daß die Wahl (dritter Klasse) für ungültig erklärt werden wird.

Die Ausführungsbestimmungen zum Impfgesetz sollen demnächst in dem beim Reichsgesundheitsamte für die Erörterung von Impfangelegenheiten bestehenden Ausschuß einer Nachprüfung unterzogen werden. In Regierungskreisen besteht, wie die „M.-p.-K." erfährt, die Absicht, zu diesen Verhandlungen auch solche Sachverständige hinzuzuziehen, die einen von der in medizinischen Kreisen herrschenden Anschauung abweichenden Standpunkt einnehmen, soweit sie nach ihrer allgemeinen wissenschaftlichen Bedeutung dazu geeignet sind.

Zur Betriebsmittelgemeinschaft der deutschen Eisenbahnen soll, nach einem Beschluß der Württembergischen Abgeordnetenkammer, der Staatswagenverband mit Hilfe der Regierung ausgestaltet werden.

Aus den Schutzgebieten.

Eine Inspektionsreise nach Kamerun plant der Staatssekretär im Reichskolonialamt Dr. Solf, der im vergangenen Jahr eine viermonatige Studienreise durch Deutsch-Südwest, die englischen südafrikanischen Besitzungen und Deutsch-Ostafrika gemacht hat. Wie der „Tag" hört, dürfte Dr. Solf Ende August die Ausreise antreten.

Ausland.

Neue Kämpfe in Tripolis.

Die Italiener scheinen so schnell ihres tripolitanischen Besitzes nicht froh werden zu sollen. Die Beduinen werden